



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Holger Griebßhammer, Florian von Brunn, Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Arif Taşdelen, Markus Rinderspacher, Horst Arnold, Nicole Bäuml, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Sabine Gross, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayer, Ruth Waldmann, Katja Weitzel und Fraktion (SPD)**

Haushaltsplan 2026/2027;

**hier: Mehr Unterstützung für Bayerns Industrie – Klimaneutralität und strategische Autonomie bei Halbleitern stärker fördern
(Kap. 07 03 Tit. 892 01)**

Der Landtag wolle beschließen:

In Kap. 07 03 (Allgemeine Wirtschaftsförderung) wird der Ansatz im Tit. 892 01 (Zuschüsse an private Unternehmen zur Dekarbonisierung in der Industrie und auf Basis des European Chips Act) für das Jahr 2026 von 11.805,6 Tsd. Euro um 23.194,4 Tsd. Euro auf 35.000,0 Tsd. Euro erhöht.

In Kap. 07 03 (Allgemeine Wirtschaftsförderung) wird der Ansatz im Tit. 892 01 (Zuschüsse an private Unternehmen zur Dekarbonisierung in der Industrie und auf Basis des European Chips Act) für das Jahr 2027 von 11.805,6 Tsd. Euro um 23.194,4 Tsd. Euro auf 35.000,0 Tsd. Euro erhöht.

Begründung:

Die Zuschüsse des Freistaats zur Dekarbonisierung in der Industrie sind ein wichtiger Beitrag zur Erreichung der Klimaschutzziele und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit. Durch gezielte Förderung können Unternehmen Investitionen in klimafreundliche Produktionstechnologien realisieren, die ohne staatliche Unterstützung nicht ohne Weiteres wirtschaftlich darstellbar wären. Hierbei muss der Beihilfe-Spielraum, den die CISAF-Regelung (CISAF = Clean Industry State Aid Framework) der EU bereitstellt, voll ausgeschöpft werden. Ferner bietet der European Chips Act die strategische Chance, die bayerische Halbleiterindustrie zukunftsfest zu machen und gleichzeitig einen bedeutenden Beitrag zur Dekarbonisierung zu leisten. Diese Förderung unterstützt nicht nur einzelne Unternehmen, sondern stärkt den Industriestandort Bayern und dessen Innovationskraft in einem entscheidenden Transformationsprozess. Bayern positioniert sich damit als Vorreiter für nachhaltige Industrieentwicklung und strategische Technologieförderung.